Bekanntmachung

Vollzug der Wassergesetze und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung;

Errichtung von Abwasserkanälen zur Erschließung des Neubaugebiets gemäß Bebauungsplan Nr. 2138 „Lerchenauer Straße“ durch die Münchner Stadtentwässerung

Standort: Bebauungsplan Nr. 2138 „Lerchenauer Straße“

Die amtliche Bekanntmachung finden Sie auch im Internet unter <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Klima-und-Umweltschutz/Bekanntmachungen.html>

Zur Erschließung des Neubaugebiets gemäß Bebauungsplan Nr. 2138 „Lerchenauer Straße“ plant die Münchner Stadtentwässerung die Errichtung von Abwasserkanälen DN 250 (teilweise DN 100) im Bereich der öffentlichen Erschließungsstraßen. Beantragt wurde mit Unterlagen vom 18.03.2024 eine jährliche Grundwasserentnahme-/ Versickerungsmenge von 100.000,00 m³.

Für die geplante Maßnahme ist eine wasserrechtliche Erlaubnis gemäß Art. 15 Bayer. Wassergesetz (BayWG) erforderlich. Entsprechend §§ 5 und 7 des Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i.V.m. Anlage 1 Nr. 13.3.2 (jährliche Grundwasserentnahme zwischen 100.000 m³ und 10 Millionen m³) war im Rahmen einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls festzustellen, ob die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die allgemeine Vorprüfung hat ergeben, dass das genannte Vorhaben keiner Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf, da erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt und die zu schützenden Güter nicht zu besorgen sind.

Eine ökologische Empfindlichkeit des Standortes ist nicht gegeben. Der Standort liegt nicht in einem der in Nr. 2.3.8 der Anlage 3 zum UVPG genannten Gebiete. Von den in § 2 Abs. 1 UVPG aufgeführten Schutzgütern ist vor allem das Schutzgut (Grund)wasser für die Bewertung der Umweltverträglichkeit relevant.

Es kann davon ausgegangen werden, dass durch das Vorhaben gemäß den maßgeblichen Schutzkriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu besorgen sind, da das Grundwasser wieder versickert wird, kein erheblicher Aufstau zu besorgen ist und keine Belastung des Grundwassers vorliegt.

Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass die Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist.

Das Protokoll über die Vorprüfung des Einzelfalls kann beim Referat für Klima und Umweltschutz, Bayerstr. 28 a, 80335 München, Sachgebiet Wasserrecht, RKU-IV-132, nach vorheriger schriftlicher Anmeldung (wasserrecht.rku@muenchen.de) eingesehen werden.

München, den 31.07.2024

Landeshauptstadt München
Referat für Klima und Umweltschutz
RKU-IV-132